

**Besuchsgeld**  
zurückfordert. Für Besuch  
wird täglich und  
nachmittags eine  
Gäste- und Gastmahlzeit  
nur etwas) 2,00 Mf.  
zur entsprechenden Rente  
entlastende 2,50 Mf.  
Bei einem anderen  
Besuch wird kost  
2,50 (oder entsprechend).  
Die Kosten der  
Gäste werden  
am Tage sicher ge-  
schrieben. Wiederhol-  
gäste erhalten die unter-  
schiedlichen Besucher mit  
der Wagen-Kasse  
umzusetzen. Rundschau  
nur mit beschränkter  
Ausdehnung (Dresden, Niedr.) pa-  
rt. — Einzelne  
Kaufhäuser werden  
nicht aufgenommen.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepisch &amp; Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.**

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Carola-Chocolade.**

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Hörnspicher: 11 • 2006 • 3601.

**Hauseigen-Zarif**  
Bunzlauer bzw. Kuhmühle-  
bierungen bis nach  
3 Uhr. Sonntag mit  
Bierabend 36 von  
11 bis 1/2 Uhr. Die  
einfällige Gruschnit-  
ten, 8 Silben 25 Pf.,  
Bunzlauer Bierdecken  
aus Dresden 20 Pf.,  
Gedächtnis-Bierdecken  
der Gruschnitzen 20  
Mf., nur geschenkt  
Belle o. Tiefbau 60 Pf.  
Die Biermutter von  
Gom- u. Kreuznagel  
die einfällige Gruschni-  
tten 30 Pf., auf Preiss-  
liste 40 Pf., Bunzlauer  
Bierdecken o. Dresden  
die Gruschnitzen 25 Pf.  
Bunzlauer Bierdecken  
nur gegen Vorabre-  
gelung. — Dieses Ge-  
legentlich bei 10 Pf.

**Wettin-Gartenschläuche**  
sind die besten.  
Gummi- und Alabest-Companie  
**Reinhard Stiehler & Böttger**  
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Taxis.

**Buchholz-Hüte**  
Annenstrasse 28  
Wettinerstr. 21  
Neu eröffnet:

**Photographie in natürlichen Farben.**

Photogr. Ausstellung: Industrie-Halle, 1. Etage.

Lumières-Autochromplatten

4 Stück 5x12 Mark 8,25

4 „ 18x18 „ 6,50

Mönigl. u. Prinzl. Ball.,

Carl Plaul, Wallstr. 25.

Soeben erschienen Gratisbroschüre!  
Was braucht ich aus der Apotheke **für meine Reise?**

**Für eilige Leser.**

Ruthmäßliche Witterung: Etwas kühler, regnerisch.  
Der Kaiser gedenkt heute vormittag mit dem "Meteor"

eine dreitägige Kreuzfahrt in die Ostsee anzutreten.

Der Reichstag hat gestern die Mühlensatzsteuer und den Gesetzentwurf bez. den Ausfuhrzoll auf Kohlen und Koks abgelehnt.

Die zweite Lesung der Finanzreform soll heute auf jeden Fall beendet werden.

Die konservative Fraktion des Reichstags beabsichtigt gemeinsam mit der des preußischen Abgeordnetenhauses nach Erledigung der Reichsfinanzreform eine Kundgebung großen Stils an ihre Wähler.

Geheimrat Hammann hat seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt wieder aufgenommen.

Die Ueberreichung der Note über Kreta an die Pforte wird heute erfolgen.

Ueberschwemmungen in Colorado, Ohio, Missouri und Mexiko haben ungeheure Schäden angerichtet.

Zentrumabgeordnete haben siegestruken schon vor dem 24. Juni die Gegenrechnung des Zentrums aufgemacht. Darauf liehen: Befreiung der bischöflichen Auszeigepflicht für anzustellende Geistliche, Aufhebung der Niederlassungsbeschränkungen von Orden und Kongregationen, Aufhebung des Jesuitengesetzes usw. Umgeführte zu derselben Zeit veränderte die "Allgemeine Volkszeitung": ein baldiger Kurswechsel in der preußischen Polenpolitik sei ein unabsehbares Interesse des Deutschen Reiches.

Das war das Zentrum allerdings seinen polnischen Schüllingen schuldig, denn diese haben redlich mitgeholfen, den Bloß zu sprengen und vor allem den Fürsten Bülow zu stützen. Es ist ja auch selbstverständlich, daß den Polen an und für sich an der gründlichen Sanierung der Reichsfinanzen herzlich wenig gelegen ist; sie machen die Arbeit in der neuen Mehrheit genau so wie das Zentrum nicht aus Patriotismus, sondern nur deshalb mit, um parteitaktische Nebenawende zu erreichen. Wer darüber etwa im Zweifel gewesen sein sollte, den durfte ein flüchtiger Blick in die in- und ausländische Polenpresse eines Besseren belehren. Ein Artikel in derfrag erzielenden Thesenblattes "Den" (v. B. trug die Überschrift: "Nach der deutschen Polen"). Darin wird darauf hingewiesen, daß die 20 Stimmen der Polen die Entscheidung herbeigeführt haben. Der Artikelsschreiber hat den Redakteur des "Ostdeutsche Berliner" in der deutschen Reichshauptstadt aufgezählt und von ihm folgendes gehört: "Anfolge der Niederlage der Regierung wisse niemand, was kommt, auch die Polen nicht, dafür lägen sie aber, was die Gegenwart gebracht habe: Die polnische Macht am Fürsten Bülow für seine unerbittliche und harte Verfolgung der Polen, die er durch das Anstellungsgesetz, das Enteignungsgesetz und schließlich durch sein Sprochenes begangen habe. Die polnische Fraktion im Deutschen Reichstag habe auf diese Art eine Politik der polnischen Rache ausgeführt. Der geeignete Augenblick war für die Polen gekommen. Mit ihren 20 Stimmen entschieden sie das Schicksal der Vorlage über die Erbschaftsteuer. Diese fiel mit Hilfe der polnischen Stimmen, und wenn auch Bülow infolge des ablehnenden Votums der Mehrheit seinen Abschied gegeben hat, so fühlt er die Folgen seiner antipolnischen Politik. Ich erkläre — also sprach der polnische Redakteur — mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung mit allem Nachdruck, daß die polnischen Mitglieder des Reichstags mit ihrer Abstimmung einzige und allein die Befreiung des Fürsten Bülow erzielen wollten." Neben das Verhältnis der Polen zum Zentrum sieht sich derselbe Gewährsmann folgendermaßen aus: "Das Verhältnis hat sich sehr einzig gezeigt. Es ist ein gemeinsamer Verständigungsanschluß eingegangen, der Hauptmacher dabei ist Herr Graberger." Soweit der offenherrliche Redakteur des Polenblattes in Berlin! Gegenüber diesem Hochmut und dieser Nachsicht der Polen kann es für den Nachfolger des Fürsten Bülow nur eine Parole geben: "Der Kurs in der Polenpolitik bleibt der alte".

An der Seite dieser Parteien sind leider die preußischen Konservativen in die neue Ära eingetreten. Nicht in dem Sinne, daß sie sich, um ein Bismarckisches Wort zu gebrauchen, an eine feste Wand zu lehnen glaubten. Vielmehr waren es wieder parteitaktische Interessen, die diesen unnatürlichen Bund zu stande brachten. Und der Siegespreis, die preußische Wahlrechtsreform? Die wird kommen, weil sie kommen muß, genau so wie die Ordnung der Reichsfinanzen, deshalb, weil Wilhelm II. sein königliches Wort dafür verpfändet hat. Darauf ändert auch nichts der Umstand, daß das preußische Abgeordnetenhaus durch sein rasches und erfolgreiches Arbeiten in der am 25. d. M. geschlossenen Session den Reichstag weit in den Schatten gesetzt hat. Die Reform selbst läßt sich doch nicht lange mehr anhalten, weil sie durch ein königliches Wort verbürgt ist. Und könnten übrigens die preußischen Konservativen bei einem etwaigen Widerstande gegen die Reform auf unbedingte Unterstützung durch die Zentrumspartition des preußischen Abgeordnetenhauses rechnen? Wenn diese ebenso deutlich wie die ultramontane Reichsfraktion, wird sie für die geheime Abstimmung eintreten müssen, die die preußischen Konservativen aufs allerhartste verhorreisen. Vom Zentrum werden die Konservativen sicherlich keinen Dank entrichten, sobald dieses sich erst fest im Sattel fühlt. Das ist doppelt schmerlich, denn gerade die Tatsache, daß die preußischen Konservativen dem Zentrum zur Vorherrschaft verholfen und dadurch zum Sturze des Fürsten Bülow mit beigetragen haben, hat in konservativen Wählerkreisen am meisten böses Blut gemacht und wird sicherlich nicht ohne Folgen bleiben, nicht zuletzt, soweit das Verhältnis

zuischen preußischen und sächsischen Konservativen dabei in Frage steht.

Von dem schweren Vorwurf, mit der nationalen Sache der Ordnung der Reichsfinanzen zu parteitaktischen Zwecken Missbrauch getrieben zu haben, sind ebensoviel die liberalen Parteien auszunehmen. Liberalen Organe haben wiederholt ausgesprochen, daß die Blockpolitik für sie nur insofern und so lange Interesse habe, als durch sie liberale Einflüsse der West gehebet würden, und anschließlich in diesem Sinne haben die Liberalen in der Kommission gearbeitet. Die Wirkung war: die Kommissionsarbeiten rückten nicht von der Stelle, und die Annäherung zwischen Konservativen und Zentrum wurde erleichtert und beschleunigt. Die Sozialdemokratie endlich hat zugedröhnermaßen nur deswegen für die Erbschaftsteuer gekämpft, um die Ausübung des Reichstags zu betreiben und dann, wenn sie erheblich verstärkt in den Reichstag zurückkehrte, Besteuerung nach ihrem Programm und Herzen schaffen zu können. Demgemäß ist das, was jetzt den verbündeten Regierungen als Reichsfinanzreform dargeboten wird, lediglich das Ergebnis der parteitaktischen Kämpfe und Machenschaften, die acht Monate lang die Situation beherrschten. Führte wahrscheinlich eine verschämende Tatode, nicht würdig einer großen Nation ...

**Zur Reichsfinanzreform und inneren Lage.**

Deutscher Reichstag.

Wortergabe aus dem Abendblatte.

Berlin (Priv. Tel.) Von den Finanzreformgelehrten steht zunächst das von der Kommission beschlossene Mühlennahmefreivergebot zur Beratung. Abg. Speck (Zent.) empfiehlt eine von ihm und Dr. Roedische beantragte Abänderung, wonach die Steuer, je nach dem Betriebsumfang pro Tonne mit 1 Pf. beginnen und von einer Produktion von 10000 Tonnen an mit 10 Pf. enden soll, während die Kommission schon von einer Produktion von 90000 Tonnen an eine Steuer von 12½ Pf. pro Tonne beschlossen hatte. Die Steuer habe weniger eine finanzielle als volkswirtschaftliche Bedeutung, mit Rücksicht auf welche er hofft, daß die Regierungen ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben werden. — Abg. Roedische (Zent.) empfiehlt ebenfalls den von ihm und Speck gezeichneten Abänderungsantrag. Die jetzigen Verhältnisse im Mühlenbetriebe seien ganz ungünstig. "Erwägungen" seien nachgerade genug angefüllt. — Handelsminister Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben diese Frage wiederholt geprägt, und sie haben sich immer wieder überzeugt, daß die Steuer durchaus unannehmbar sei. Diese Überzeugung ist bei den Regierungen eine einhellige. Die Steuer ist unannehmbar, gleichviel, welchen Tarif Sie auch beibehalten mögen. (Hört! hört!) Sie wollen hier wirtschaftspolitische Zwecke erreichen, der finanzielle Erfolg ist Ihnen hier nur Nebenzweck. Schon in der Kommission habe ich Ihnen nachgewiesen, daß die kleinere Mühle gar keinen Schutz durch ihren Tarif genießen würde gegenüber der größeren und Mittel-Mühle. Das ist anerkannt. Wenn Sie mit der Steuer erreichen wollen, daß die kleinen Mühlen ein Preis gefordert wird, zu dem sie mit Erfolg arbeiten können, so beruht dies auf irrtigen Voraussetzungen. Die Volumenmühle unterscheidet sich von der Handelsmühle dadurch, daß sie weder Getreide faßt, noch Mehl verkauft; sie ist also von dem Preis des Mehls ganz unabhängig. Abhängig ist sie nur davon, ob Naturalwirtschaft besteht oder nicht. Solche Volumenmühle hat einen ganz bestimmten Aktionsradius in der Nachbarschaft. Auch die Großmühlen sind verschieden leistungsfähig, auch sie sind zum Teil notleidend. Und je mehr Sie sie mit Steuern beladen, um so mehr werden diese Großmühlen sich aufzutragen müssen und die kleinen erüllen. Der Zweck, den Sie mit dieser Staffelung im Auge haben, wird also nicht erreicht werden. — Bayerischer Bevollmächtigter von Burkard wendet sich gegen die Verurteilung einer solchen wirtschaftlichen Frage mit der Finanzreform. Dazu sei jetzt der ungeeignete Augenblick. — Abg. Sonnenberg (Wirtsh.): Wir lehnen auch den Abänderungsantrag ab, denn auch die Säbe würden für eine Reihe von Betrieben als Erdrohrlösungstücher wirken. Die Mühlennahmefreier gehörte überhaupt nicht in die Finanzreform, sie ist eine wirtschaftspolitische Maßnahme. — Abg. Günther-Pflaum (Frei.): Ich befürchte gleichfalls die Mühlennahmefreier, die für die kleinen Mühlen nur eine Vorwegelung falscher Tatsachen sei und diesen am nicht helfen würde. Offiziell hielt die verbündeten Regierungen diesmal an ihrem "unannehmbar" fest. Sie habe sich ein gewisses Misstrauen gegenüber derartigen Regierungserklärungen aufgetan. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsh.): der für die kleinen Müller ausführlicher eintritt, wirkt der Regierung vor, die kleinen Müller gar nicht gehört zu haben. Es sei erstaunlich, was für Ausflüchte die Regierung trifft, um bloß für die

**Trink Pfunds Milch!**